

EINKOMMENSOFFENLEGUNG

Keine Geldgeheimnisse bei KPÖ!**Bruttobezüge der steirischen Landespolitiker 2010**

Monatseinkommen, 14 mal

Landeshauptmann	€ 16.000,10
Landeshauptmann-Stellvertreter	€ 15.158,00
Landesrat / Landesrätin	€ 14.315,90
Landtagspräsident	€ 11.368,50
Klubobleute	€ 10.526,40
Abgeordnete	€ 5.473,70

Mindestsicherung ab 1.3.2011

monatlich, 12 mal, inklusive Wohnbeihilfe

Mindessicherungsbezieher/in	€ 752,93
Weitere Person im Mindestsicherungshaushalt	€ 564,70

Einkommenstransparenz ist für die KPÖ ein wichtiges Anliegen. Seit Jahren legen KPÖ-Mandatarinnen und Mandatare ihre Einkommen und deren Verwendung offen. Leider haben sich die Möglichkeiten des KPÖ-Sozialfonds durch den Verlust von zwei Landtagsmandaten verschlechtert.

Im Bild von links nach rechts: KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg, KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler und die Grazer Stadträtin Elke Kahr.

Zum „Tag der offenen Konten“ legten die KPÖ-Mandatarinnen und Mandatare auch heuer offen, wie sie ihre Politbezüge verwenden. Die KPÖ-Politikerinnen und -politiker haben sich eine freiwillige Gehaltsobergrenze verordnet. 148.441,52 Euro haben die KPÖ Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg sowie die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr allein heuer für Steirerinnen und Steirer in Notlagen zur Verfügung gestellt.

Seit der Einführung der offenen Finanzgebarung durch KPÖ-Urgestein Ernest Kaltenegger hat sich die Nothilfe auf über 1,1 Millionen Euro summiert.

„Immer mehr Leute sind berufstätig, kommen aber mit ihren Einkommen nicht über die Runden. Das ist besorgniserregend“, resümiert LAbg. Claudia Klimt-Weithaler.

Schlag auf Schlag**SPÖ und Schwarz/Grün verschleudern Gemeindeigentum**

Es geht Schlag auf Schlag: In den SPÖ-dominierten Städten werden in den letzten Monaten Gemeindebetriebe und Einrichtungen ausgegliedert. Das ist eine Vorstufe zur Privatisierung. Man wandelt damit auf den Spuren von Schwarz/Grün in Graz.

Ein paar Beispiele:

Kapfenberg: Gemeindewohnungen ausgegliedert

Bruck/Mur: Stadtwerke ausgegliedert

Trofaiaach: Stadtwerke verkauft

Judenburg: Gemeindewohnungen ausgegliedert, Altenheim verkauft.

Graz: Müllabfuhr, Kanal, Wirtschaftsbetriebe ausgegliedert.

Die KPÖ hat überall gegen diesen Ausverkauf gestimmt. Die Gemeinden wollen den Erlös zur Schuldendeckung verwenden. Was passiert, wenn dieses Geld verbraucht ist? In der Landwirtschaft bedeutet es, dass es dem Bauern schon sehr schlecht geht, wenn er beginnt, seinen Grund zu verkaufen.

Pflegemisere: Endlich Handeln!

In vielen Pflegeeinrichtungen ist die Pflege nicht gesetzeskonform, so der Bericht der steirischen Pflegeombudschaft.

private Einrichtungen die Pflegekosten hochtreiben, um Gewinne zu erzielen.

Vor allem die geringe Zahl der Kontrollen und ihre oberflächliche Durchführung sind Anlass zur Besorgnis, sagt Claudia Klimt-Weithaler. Eine große Anzahl der privaten Pflegeheime und Pflegeplätze in der Steiermark ist mehr auf einen hohen Profit als hohe pflegerische und medizinische Standards bedacht.

Die KPÖ fordert die Beschränkung von Pflegezuschüssen auf öffentliche und gemeinnützige Heime, weil



Wie wollen wir Pflege?
2. aktualisierte Auflage

Unser Ziel: Altern in Würde und keine Ausbeutung der Beschäftigten

Vorschläge der steirischen KPÖ zum Pflegenotstand



Forderungen der KPÖ zur Pflege, Broschüre, kostenlos anzufordern beim KPÖ-Landtagsklub, Tel. (0316) 877-5102, E-Mail: georg.fuchs@stmk.gv.at.